

Vorrang für Radler und Fußgänger

Umweltaktivist Jörg Bergstedt stellt Möglichkeiten für provokante Aktionen vor / Politik zum Umdenken bringen

Von Lothar Rühl

WETZLAR. Das Verkehrswendebündnis setzt sich dafür ein, den Autoverkehr zurückzudrängen und Fußgängern, Radfahrern sowie dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) Vorrang einzuräumen. In dem Bündnis arbeiten die Organisationen Attac Lahn-Dill, die Bürgerinitiative Lebenswerte Altstadt Wetzlar, Greenpeace Wetzlar, Fridays For Future Wetzlar und der Verein für nachhaltige Flächennutzung zusammen. Bei einem Vortrag im Kulturzentrum Franzis stellte Jörg Bergstedt von der Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen seinen acht Zuhörern Ideen zur Durchsetzung der Ziele vor.

Bergstedt, der sich in Gießen unter anderem für Verkehrswendeprojekte einsetzt, rief dazu auf, einen Plan zu entwerfen, in dem alle Organisationen ihre Ideen einbringen können. Ferner stellte er provokante Aktionen vor, mit denen die Politik zum Umdenken und Umplanen gebracht werden soll.

Gemeinsam den Straßenverkehr lahmlegen

Bergstedt, der unter anderem auch mit den Abseilaktionen auf Autobahnen in Zusammenhang gebracht wird, wies darauf hin, dass es in der Straßenverkehrsordnung Paragrafen gebe, die den Protesten zuspielen. Dort heiße es im Abschnitt zwei: „Wer zu Fuß geht und Fahrzeuge oder sperrige Gegenstände mitführt, muss die Fahrbahn benutzen, wenn auf dem Gehweg oder auf dem Seitenstreifen andere zu Fuß Gehende erheblich behindert würden“. Wer einen Protest organisiere, solle deshalb sperrige Gegenstände mitführen und dürfe damit auf die Straße, sagte Bergstedt. Schnell könnte so durch mehrere Protestler der Straßenverkehr lahmgelegt werden.

In Paragraf 27 stehe, dass man mit mehr als 15 Radfahrern einen geschlossenen Verband bilden darf. „Dann dür-



Mit mehr als 15 Teilnehmern in einer Gruppe müssen Radfahrer auf die Straße. Das sieht die Straßenverkehrsordnung vor. Jörg Bergstedt sieht das als Chance, den Autoverkehr zum Stillstand zu bringen.

Archiv-Foto: Lothar Rühl

fen Sie zu zweit nebeneinander auf der Fahrbahn fahren“, sagt Bergstedt, um aufzuzeigen, wie einfach der Autoverkehr zum Stillstand gebracht werden könne.

Der selbsternannte „Berufsrevolutionär“ kritisierte die schmalen Radwege entlang der Straßen. Er fordert, Fahrstreifen für Autos komplett zu sperren, um sie für die Radfahrer freizugeben.

Der Referent forderte vor den acht Zuhörern im Franzis das Einrichten von Fahrradstraßen. Ferner solle der ÖPNV komplett kostenlos gestellt werden, um den Bürgern die Möglichkeit zu bieten, ihr Auto nicht zu nutzen. Es sollte, wo möglich, wieder Straßenbahnen geben. „Wir brauchen eine Regiotram mit Extra-Gleisen, die dorthin führen, wo die Arbeitsplätze sind. Und wir brauchen die Reaktivierung von ehemaligen Bahnlinien wie die Kanonenbahn durch das Lahntal“, sagte Bergstedt.

Dem Auto hat Bergstedt den Kampf angesagt. Das unterfütterte er mit Zahlen. So würden jeden Tag auf Deutschlands Straßen neun Menschen sterben und es gebe 1053 Verletz-



Wir brauchen eine Regiotram mit Extra-Gleisen, die dorthin führen, wo die Arbeitsplätze sind. Und wir brauchen die Reaktivierung von ehemaligen Bahnlinien wie die Kanonenbahn durch das Lahntal.

Jörg Bergstedt, Umweltaktivist
(Foto: Lothar Rühl)

te. Dies nannte er „normaler Horror des deutschen Verkehrswesens“.

Ein weiterer Punkt seines Referates lautete „Fußwege stärken“. Das Gehen sei die natürlichste Bewegungsform. Deshalb brauche es breitere Fußwege, mehr Platz für Fußgänger und längere Ampelphasen. „Wir müssen den Autoverkehr zurückdrängen“, so der Aktivist. Rund um Kindergärten und Schulen sollte die Straße autofrei sein. Selbst der ADAC fordere autofreie Zonen von 250 Metern um die Bildungseinrichtungen. „Solange Autos dorthin fahren, können Kinder nicht alleine dorthin geschickt werden“, sagte Bergstedt. Auch Ortskerne und sensible Zonen sollten autofrei sein.

Bergstedt forderte eine Politik der kurzen Wege. Es brauche dort Einkaufsmöglichkeiten und Arztpraxen, wo die Menschen wohnen. Dadurch könnten Wege eingespart werden.

Das von der Politik diskutierte 9-Euro-Ticket für den ÖPNV stößt bei dem Referenten auf Kritik. Alleine die Verwaltung dieses Tickets könne man mit dem Geld nicht finanzieren. Sinnvoller sei das Null-Euro-

Ticket. Zur Finanzierung sollte die Förderung von Dienstwagen und Firmenwagen entfallen. Auch die Pendlerpauschale, das Fahrtscheinwesen, die Strafverfahren und der Vollzug gegen Verkehrssünder könnte eingespart werden. All diese Beträge könnten in das Null-Euro-Ticket einfließen.

Der Referent berichtete von einer Aktion in Gießen. Dort haben die Akteure eine aus Holz selbst gebaute Straßenbahn auf die Fahrbahn gestellt und somit wieder einmal eine Fahrspur blockiert.

Ferner wies er auf einen Fall von Kommunikationsguerilla, bei dem Akteure Schreiben unter dem Namen anderer verbreiteten und damit mehr gehört würden. Weitere Ideen waren, durch Versammlungen das Auto zu verdrängen. Eine andere Aktion habe Parkhäuser zu Wohnräumen umfunktionierte. Schließlich wies er auf eine Aktion „Schwarzfahren als Demo“ hin.

Wie in Wetzlar Aktionen umgesetzt werden können, soll bei einem Klimacamp vom 18. bis 24. Juli besprochen werden. Dabei ist auch eine B49-Aktion geplant.